

„Mittelständler müssen wettbewerbsfähig bleiben“

Verbandschef Ohoven: Leistungen der Sozialversicherung sollen beschränkt werden

München. Für eine Deckelung der sozialen Leistungen auf eine Grundsicherung plädiert Mario Ohoven, Präsident des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft. Die gute Konjunktur habe die Politik in einen Reform-Tiefschlaf versetzt, kritisiert er im Interview mit der Heimatzeitung.

Deutschlands Wirtschaft brummt, wir sind Exportweltmeister. Was ist falsch daran, die Arbeitnehmer besser teilhaben zu lassen, indem man ihre soziale Sicherheit erhöht?

Mario Ohoven: Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Die größte soziale Sicherheit bieten krisenfesteste Arbeitsplätze. Die schafft aber nicht der Staat, sondern der Mittelstand. Deshalb müssen unsere Mittelständler auch in Zukunft wettbewerbsfähig bleiben. Unternehmen in den USA und Japan produzieren heute fast zu gleichen Kosten wie vor zehn Jahren, bei uns haben sich die Arbeitskosten in der Industrie seit 2007 um rund 13 Prozent verteuert. Wenn Deutschland auf einem Feld die Spitzengruppe anführt, dann bei der sozialen Sicherheit. In kaum einem an-

deren Land der Welt ist das soziale Netz so engmaschig wie bei uns. Nicht umsonst wachsen die Sozialausgaben bei uns stärker als die Wirtschaftsleistung. Für soziale Zwecke werden inzwischen mehr als die Hälfte aller öffentlichen Ausgaben aufgewendet. Das ist ein gutes Viertel des Volkseinkommens. Ich bin dafür, die Leistungen der Sozialversicherungen auf eine Grundsicherung zu beschränken und weitergehende Wünsche selbst finanzieren zu lassen.

Aber selbst CSU-Chef Horst Seehofer findet, dass diejenigen, die lange in die Arbeitslosenversicherung einbezahlt haben, im Falle eines Falles auch länger etwas davon haben müssen. Wie sähe denn ihr Vorschlag aus?

Ohoven: Ich kann vor einer Rolle rückwärts bei den Arbeitsmarktreformen nur warnen. Dass Deutschland heute (wieder) so stark dasteht, verdanken wir der Agenda 2010. Die SPD sollte eigentlich stolz darauf sein. Stattdes-



Mario Ohoven

sen wollen einige Sozialdemokraten offenbar eine Art Agenda 1910 – damals wurden wichtige Teile der Sozialversicherung gesetzlich festgeschrieben. Herr Seehofer und Herr Schulz handeln frei nach dem Motto: Fakten stören im

Wahlkampf nur. Selbst das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, also eine Einrichtung der Bundesagentur für Arbeit, warnt davor, die Anreize für eine schnelle Jobsuche zu verringern. Studien belegen, dass dies den Verbleib in der Arbeitslosigkeit verlängert. Es wäre viel sinnvoller, wenn Langzeitarbeitslose in einer verkürzten, einjährigen Zusatzausbildung fit für den veränderten Arbeitsmarkt gemacht werden. Nur wenn Fördern und Fordern in einer Balance sind, gehört die Massenarbeitslosigkeit in Deutschland der Vergangenheit an. Wir Mittelständler müssen leider zur Kenntnis nehmen, dass die gute Konjunktur die Politik in einen Reform-Tiefschlaf versetzt hat. Den Menschen vorzu-

gaukeln, das Füllhorn könne jetzt wieder ausgeschüttet werden, halte ich für verantwortungslos.

Wäre es für die Wirtschaft nicht besser, die – bisher – eher moderaten Vorschläge von Martin Schulz gut zu finden, statt unter Rot-Rot-Grün plötzlich mit wirklich linken Forderungen konfrontiert zu sein?

Ohoven: Auch moderat falsch bleibt falsch. Leider fehlt vielen Spitzenpolitikern der ordnungspolitische Kompass. Das gilt auch und gerade für die Linke. Wir werden in unserem Unternehmerprogramm zur Bundestagswahl klare Ansagen machen, was mit dem Mittelstand geht und was nicht. In Deutschland sind 99 von 100 Unternehmen kleine und mittelständische Betriebe. Das sollten sich die Kandidatinnen und Kandidaten für den Bundestag immer vor Augen halten. Und sie sollten daran denken, dass die Mittelständler, ihre Beschäftigten und deren Familienangehörige die Wahl mitentscheiden.

Das Interview führte Alexander Kain. – Foto: dpa